

Niederschrift

**über die 10. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Donnerstag, 29.11.2012 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Hans-Werner Schneller SPD

stimmberechtigte Mitglieder gem § 4 IIa der Satzung für das Jugendamt

Frau Sabine Kittel	BÜRGERAKTION
Herr Manfred Böhm	SPD
Herr Christoph Bosbach	SPD
Herr Dr. Stephan Lipski	CDU
Frau Martina Reuter	FDP
Frau Gabriele Lewe	BÜRGERAKTION
Frau Anne Gronemeyer	Bündnis90/Die Grü-
nen	
Frau Angelica Niederquell	dUH

Stimmberechtigte Mitglieder aus den Verbänden

Herr Hans Delcuve	ev. Kinderheim e.V.
Frau Elisabeth Knebel	AWO
Frau Anne-Margarete Pütz	kath. Kirche
Frau Claudia Schmitz-Moch	Kinderschutzbund
Herr Siegfried Wagner	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Carsten Wannhof	KJG

Beratende Mitglieder

Herr Friedhelm Burchartz	Freie Liberale
Herr Monsignore Ulrich Hennes	kath. Kirche
Herr Jens-Peter Kröger	Amtsgericht Langen-
feld	
Herr KHK Werner Krohe	Polizei
Herr Jörn Nellessen	Jugendamtseltern-
beirat	
Frau Dagmar Potschien	Ferd.-Lieven-Schule
Frau Nina Pütter	ev. Kirche
Herr Karl-Heinz Rädisch	Helmholtz-
Gymnasium	
Frau Julia Schnäbelin	Jugendparlament

Von der Verwaltung

Herr Beig. Reinhard Gatzke
Herr Ulrich Brakemeier
Herr Roman Kaltenpoth
Herr Dirk Schatte
Frau Birgit Schimang

Herr Friedhelm Topp
Frau Kirsten Max

- Frau Stefanie Walder

Beiräte

Frau Renate Blum

Behindertenbeirat

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Arbeitsprogramm 2013 des Amtes für Jugend, Schule und Sport
WP 09-14 SV 51/217
- 3 Gewährung eines städtischen Zuschusses für die Außenanlage des Paritätischen Kindergartens e.V.
WP 09-14 SV 51/215
- 4 Produktbericht "Bereitstellung von Hilfen innerhalb und außerhalb von Familien" - Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe
WP 09-14 SV 51/223
- 5 Umsetzung des neuen Bundeskinderschutzgesetzes
WP 09-14 SV 51/218
- 6 Abenteuerspielplatz
 - a) Neufassung des Kontraktes
 - b) Wechsel der Trägerschaft**WP 09-14 SV 51/190**
- 7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Um 17:30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Herr Vorsitzender Schneller eröffnete die Sitzung und stellte den ordnungsgemäßen Zugang der Sitzungsunterlagen fest. Er teilte mit, dass es zwei neue beratende Mitglieder gäbe, die vor Eintritt in die Tagesordnung zu vereidigen seien. Sodann bat er Frau Claudia Schmitz-Moch als stimmberechtigtes Mitglied gem. § 4 Abs. 2 b) der Satzung sowie Frau Julia Schnäbelin als beratendes Mitglied aus dem Jugendparlament zu sich und verlas die folgende Verpflichtungsformel: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde“. Dies erklärten daraufhin Frau Schmitz-Moch und Frau Schnäbelin mündlich und schriftlich zur Niederschrift.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungswünsche zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde erfolgten keine Wortmeldungen.

1 Befangenheitserklärungen

Frau Kittel erklärte sich zu TOP 6 – Abenteuerspielplatz, a) Neufassung des Kontraktes, b) Wechsel der Trägerschaft – WP 09-14 SV 51/190, für befangen.

2	Arbeitsprogramm 2013 des Amtes für Jugend, Schule und Sport	WP 09-14 SV
		51/217

Zu diesem TOP erkundigte sich Frau Niederquell, welcher Betrag für die Jahresplanung angedacht sei. Hierzu führte Herr Vors. Schneller aus, dass dies durch den Haushaltsplan bestimmt würde.

Die Zusammenführung von Arbeitsprogramm und Berichtswesen sei ein weiterer Bestandteil der strategischen Ausrichtung des Amtes, führte Herr Beig. Gatzke aus. Das Arbeitsprogramm diene der grundlegenden Information über die Arbeitsaufträge für das kommende Jahr, stelle aber zugleich auch die Planungen und Weiterentwicklungen des Amtes transparent dar. Insofern handele es sich um ein ganz „normales“ Arbeitsprogramm auf Grundlage des Haushaltsplanes, von dem

keine weiteren unerwarteten „Überraschungen“ zu befürchten seien.

Frau Kittel bedankte sich für diese Sitzungsvorlage und lobte insbesondere die Transparenz des Arbeitsprogramms. Darüber hinaus fragte sie nach, was mit „Begleitung der Baumaßnahme“ im Stellwerk gemeint sei. Hierzu erläuterte Herr Beig. Gatzke, dass es notwendig sei, Räume im Bürgerhaus umzugestalten, um zusätzliche Fläche für das Stellwerk zu schaffen. Dies sei u. a. deshalb erforderlich, um auch die Bildungs- und Teilhabecoaches unmittelbar dort unterbringen und eingliedern zu können.

Der Jugendhilfeausschuss nahm das Arbeitsprogramm 2013 des Amtes für Jugend, Schule und Sport zur Kenntnis.

3	Gewährung eines städtischen Zuschusses für die Außenanlage des Paritätischen Kindergartens e.V.	WP 09-14 SV 51/215
---	---	-----------------------

Hierzu führte Frau Niederquell aus, dass sie grundsätzlich nichts gegen den Vorschlag habe, erkundigte sich aber danach, warum nicht zuvor die Rücklagen aufgebraucht würden. Frau Schimang erläuterte hierzu, dass mehrere Erneuerungsmaßnahmen in großem Umfang notwendig seien. So müssten das Dach und die Heizungsanlage erneuert werden. Für diese Maßnahmen solle kein städtischer Zuschuss gewährt werden. Alles könne der Verein jedoch nicht schultern. Daher würde vorgeschlagen, für die Außenanlage einen zweckgebundenen Zuschuss zu gewähren.

Herr Burchartz teilte mit, dass er die Vorlage hervorragend fände und zustimmen würde, wenn er Stimmrecht hätte. Herr Dr. Lipski stimmte der Vorlage prinzipiell zu, bat aber, die Summe auf 50.000,-- € zu begrenzen. Frau Schimang führte ergänzend aus, dass der Bewilligungsbescheid für die Landesmittel bereits vorläge, so dass die Summe von 4.020,-- € in Abzug gebracht werden könne. Darüber hinaus gäbe es eine Spende in Höhe von 5.000,-- €. Dieser Betrag könne ebenfalls in Abzug gebracht werden, so dass sich der städtische Zuschuss auf 69.220,-- € verringern würde. Frau Kittel stimmte für die Bürgeraktion zu. Dass sich der Zuschuss aufgrund der zusätzlichen Mittel verringere sei sehr erfreulich, ergänzte Herr Bosbach. Es sei notwendig, das Spielgelände für die U3 entsprechend zu gestalten. Seine Fraktion werde daher zustimmen.

Herr Vors. Schneller ließ zuerst über den Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion, den Zuschuss auf 50.000,-- € zu reduzieren, abstimmen. Für den Änderungsvorschlag stimmte Herr Dr. Lipski. Alle anderen sprachen sich dagegen aus. Der Antrag wurde damit abgelehnt.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt die Gewährung eines freiwilligen zweckgebundenen städtischen Zuschusses in Höhe von maximal 69.220,-- € zur Sanierung der Außenanlage des Paritätischen Kindergartens e. V.

Aufgrund des aktuellen Rücklagenbestandes des Vereins wird ein zukünftiger freiwilliger städtischer Zuschuss zu einer Dachsanierung oder Sanierung der Heizungsanlage ausgeschlossen.

Über die Bereitstellung der Zuschussmittel wird abschließend im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden. Die Mittel werden im Haushaltsplanentwurf aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen (CDU, dUH)

4	Produktbericht "Bereitstellung von Hilfen innerhalb und außerhalb von Familien" - Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe	WP 09-14 SV 51/223
---	---	-----------------------

Nach kurzer Aussprache stimmte der Jugendhilfeausschuss dem folgenden Beschlussvorschlag zu:

Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss im Produkt 060301 „Bereitstellung von Hilfen innerhalb und außerhalb von Familien“ einen Betrag in Höhe von 233.100 € überplanmäßig bereitzustellen.

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge bei der Gewerbesteuer, Produkt 160101 Zahlungsströme der allg. Finanzwirtschaft.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5	Umsetzung des neuen Bundeskinderschutzgesetzes	WP 09-14 SV 51/218
---	--	-----------------------

Herr Bosbach führte aus, dass hier eine neue halbe Stelle geschaffen würde. Er bat um Mitteilung darüber, welche konkreten Aufgaben diese Stelle abdecken solle. Herr Schatte teilte hierzu mit, dass der Gesetzgeber mit dem neuen Bundeskinderschutzgesetz frühe Hilfen gesetzlich verankert habe. Dem örtlichen Jugendhilfeträger käme hier insbesondere eine koordinierende Verantwortung zu. Die neuen Regelungen müssten bekannt gemacht und umgesetzt werden, darüber hinaus müsse man in einen stetigen Austausch untereinander kommen, wie man verbindlich miteinander arbeiten wolle. Auf Bundes- und Landesebene würden die neuen gesetzlichen Anforderungen zur Qualitätssicherung durch die Einrichtung von koordinierenden Fachstellen umgesetzt. Diese würden mit den örtlichen Fachstellen vernetzt, so dass hierdurch eine fortlaufende Verbesserung des Kinderschutzes möglich sei.

Herr Beig. Gatzke ergänzte hierzu, dass man bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt informiert habe, zu dem noch nicht absehbar gewesen sei, wie sich das Gesetz auf die Personalressourcen auswirke. Aufgrund des Konnexitätsprinzips könne man Bundesmittel für eine entsprechende Stelle erhalten. Dem erweiterten Kinderschutzgesetz müsse man Rechnung tragen. Weil man schon gut vorbereitet sei, könne man sich auf die Einrichtung einer halben Stelle beschränken und eine Refinanzierung aus Bundesmitteln nutzen. Der Vorsitzende schlug daraufhin vor, den 2. Satz des Beschlussvorschlags wie folgt zu ändern: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat die Einrichtung der zusätzlichen Stelle.

Sodann ließ Herr Vorsitzender Schneller über diesen geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag (geändert):

Der Bericht zur Umsetzung des neuen Bundeskinderschutzgesetzes wird zur Kenntnis genommen. *Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat die Einrichtung der zusätzlichen Stelle.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6	Abenteuerspielplatz a) Neufassung des Kontraktes b) Wechsel der Trägerschaft	WP 09-14 SV 51/190
---	--	-----------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt hatte sich Frau Kittel zu Beginn der Sitzung für befangen erklärt. Frau Lewe merkte an, dass die Berechnung wie aufgeführt so nicht stimmen könne und führte aus, dass die umfangreiche ehrenamtliche Arbeit stärker berücksichtigt werden müsse, wie auch die Einrichtung der Außenanlagen. Weiter betonte sie, dass das Konzept seit über 40 Jahren bestünde und sehr gut funktioniere. Man wisse nicht, was bei einer Veränderung passiere.

Frau Reuter gab zu bedenken, dass hier umfangreiche ehrenamtliche Hilfe durch den Verein geleistet würde, die bei einer Veränderung in Zukunft ersetzt werden müsste. Der Verein habe hier hervorragende Arbeit geleistet und sie sehe keine Veranlassung dafür, die Trägerschaft zu wechseln.

Frau Niederquell bat um die Aufnahme eines weiteren Alternativvorschlags mit dem Inhalt, dass die Stadt Hilden die Aufgaben übernehmen solle.

Herr Dr. Lipski teilte mit, dass es die bekannten Prüfaufträge bereits seit 2005 gäbe. Seitdem würden mit allen Beteiligten umfangreiche Gespräche geführt. Im Ergebnis würde seine Fraktion dem Alternativvorschlag b) zustimmen. Herr Bosbach führte aus, dass die SPD-Fraktion sich gegen einen Trägerwechsel ausgesprochen habe. Der Abenteuerspielplatz sei ein gewachsenes Konzept. Er sei eine Institution und für diesen Stadtteil aber auch darüber hinaus sehr wichtig. Es sei zudem wichtig, dass die Menschen, die dort arbeiteten auch für die Kinder da seien. Es sei sicherlich so, dass auch ein anderer Träger in der Lage wäre, dort gute Arbeit zu leisten aber wieso solle man etwas gut Funktionierendes in eine neue Trägerschaft geben. Die Freizeitgemeinschaft sei nun neu aufgestellt und deshalb falle die Entscheidung zu ihren Gunsten. Herr Burchartz ergänzte, dass er das Argument, dass man nicht wisse, was auf uns zukäme, so nicht stehen lassen wolle. Es gäbe sicherlich Gründe es so zu lassen, wie es sei, aber dass die Jugendwerkstatt dazu nicht in der Lage sei, wolle er nicht gelten lassen. Herr Hennes sprach sich grundsätzlich gegen eine städtische Trägerschaft unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips aus.

Frau Gronemeyer ergänzte weiter, dass die Überlegungen hin zu einer neuen Trägerschaft viel Bewegung in die Hildener Landschaft gebracht hätten. Hierbei habe man auch erkennen müssen, wie hoch die Belastungen für ehrenamtliche Vorstände wirklich seien. Sie brachte zum Ausdruck, dass sie sich für die Zukunft ein noch transparenteres Vorgehen wünsche. Zudem hätte sie sich auch eine kürzere Laufzeit des Kontraktes vorstellen können. Auch wünschte sie sich, dass das Thema Inklusion stärker in allen Bereichen Berücksichtigung finden würde. Ihre Fraktion werde für die Erhaltung der Trägerschaft stimmen.

Herr Vors. Schneller bemerkte, dass diese Ausführungen sicherlich in Richtung Verein gedacht wären und nicht an die Stadt Hilden gerichtet seien. Dem stimmte Frau Gronemeyer zu.

Abschließend fasste Herr Vorsitzender Schneller noch einmal die abzustimmenden Alternativen zusammen:

- a) den Betrieb des Abenteuerspielplatzes durch die Freizeitgemeinschaft für Behinderte und Nichtbehinderte auf der Grundlage der vorgelegten neuen Vereinbarung fortzusetzen
- b) die aktuelle Vereinbarung zum Betrieb des Abenteuerspielplatzes mit der Freizeitgemeinschaft zu kündigen und in Zusammenarbeit mit der Freizeitgemeinschaft die Übernahme des Betriebes einschließlich der dort beschäftigten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen durch die Gemeinnützige Jugendwerkstatt Hilden vorzubereiten. Eine entsprechende vertragliche Vereinbarung ist dem Jugendhilfeausschuss und nachfolgend dem Rat der Stadt zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
- c) Wechsel des Abenteuerspielplatzes in eine städtische Trägerschaft

Zuerst ließ Herr Vors. Schneller über Alternative a) abstimmen.

Nachdem diese Alternative mehrheitlich beschlossen wurde, war die Abstimmung über die weiteren Alternativvorschläge entbehrlich.

Beschlussvorschlag:

Nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss beschließt der Rat der Stadt, die Verwaltung zu beauftragen, den Betrieb des Abenteuerspielplatzes durch die Freizeitgemeinschaft für Behinderte und Nichtbehinderte auf der Grundlage der vorgelegten neuen Vereinbarung fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

12 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen (CDU, dUH), befangen 1 (Frau Kittel)

7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Frau Schnäbelin berichtete kurz über die Neuwahl des Jugendparlamentes, die Ende September erfolgte. Darüber hinaus berichtete sie über die geplanten Aktivitäten des Jugendparlaments. So stünde im Januar ein Schulungswochenende an und es würden neue Sprecher gewählt werden. Außerdem lade das Jugendparlament im Januar zu seiner ersten öffentlichen Sitzung ein, zu der die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses herzlich eingeladen seien.

Herr Brakemeier machte auf die Spendenaktion „Hilden wärmt“ aufmerksam, zu der das Stellwerk Hilden auch in diesem Jahr aufgerufen habe. Die Spenden kämen zu gleichen Teilen je dem Treffpunkt für junge Eltern auf dem Abenteuerspielplatz sowie dem Hildener Bildungsfonds zu Gute.

Herr Schatte teilte mit, dass er vier Exemplare des neuen Eltern-Begleitbuches passend zur Sitzungsvorlage frühe Hilfen habe. Es handele sich um eine neue Auflage, die an die Eltern verteilt würde.

8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Anfragen und Anträge wurden zu diesem TOP nicht gestellt.

Ende der Sitzung: 17:45 Uhr

Hans-Werner Schneller
Vorsitzender

Kirsten Max
Schriftführer/in

Gesehen:

Horst Thiele
Bürgermeister

Reinhard Gatzke
Beigeordneter